

INSM Marktwirtschafts- barometer 2023

INSM-Marktwirtschaftsbarometer 2023

In der vorliegenden Untersuchung wird eine Betrachtung der politischen Einstellung der Deutschen in Bezug auf wirtschaftspolitische Fragen vorgenommen.

Das daraus entstandene **INSM-Marktwirtschaftsbarometer 2023** zeigt, dass die Befragten sich ziemlich mittig zwischen marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Positionen mit einer leichten Tendenz zu Planwirtschaft einordnen lassen (-5 Punkte auf einer Skala von +100 bis -100). Gleichzeitig schätzen sich die Befragten in einer Kontrollbefragung selbst aber in der Mehrheit als marktwirtschaftlich ein (52 Prozent). Hier bevorzugen nur rund 20 Prozent starke staatliche Regulierungen.

Politisch ergibt sich dabei eine klare Lagerbildung zwischen Anhängern der Grünen, Links-Partei und SPD (eher planwirtschaftlich) vs. CDU/CSU, FDP und AfD (eher marktwirtschaftlich).

Allerdings gibt es weder zur planwirtschaftlichen, noch zur marktwirtschaftlichen Seite Extreme: die Parteianhänger bleiben im Durchschnitt von minus 43 (Linke) bis plus 26 (FDP) weit von den Maximalwerten minus 100 bis plus 100 entfernt (siehe S. 4).

Klar wird auch, dass sich gerade Selbstständige und leitende Angestellte deutlich marktwirtschaftlicher positionieren, wohingegen Studenten, Rentner und Beamte sich eher staatliche Steuerung wünschen.

Insbesondere die Bewertung von Chancengerechtigkeit gegenüber Verteilungsgleichheit zeigt aber, dass viele Menschen grundsätzlich den Wert von Leistung und individuellem Erfolg in einer Marktwirtschaft schätzen. Dies wird politisch insbesondere von den Anhängern der FDP unterstützt.

Die ablehnende Haltung gegenüber staatlichen Eingriffen zur Steigerung des Wohlstands spiegelt die Vorstellung wider, dass der Markt in der Lage sein sollte, effiziente Lösungen ohne übermäßige Regulierung oder Intervention zu finden.

Jedoch zeigt die Präferenz für eine staatliche Verwaltung der sozialen Sicherungssysteme, dass es ein anhaltendes Vertrauen in die Rolle des Sozialstaates gibt, während gleichzeitig die Idee eines noch umfassenderen Wohlfahrtsstaates mit höheren Steuern und staatlichen Leistungen auf geteilte Meinungen stößt.

Bei den verschiedenen Altersgruppen und sogar bei den Einkommensgruppen gibt es keine besonderen Ausschläge. Eine etwas größere Differenzierung gibt es allerdings bei der Wohnumgebung der Befragten: Je dünner ihre Wohnumfeld besiedelt ist, desto marktwirtschaftlicher sind sie ausgerechnet. Oder anders: Großstädter denken planwirtschaftlicher als die Landbevölkerung.

INSM-Marktwirtschaftsbarometer 2023

Teil 1

Ergebniszusammenfassung	4
Zur Methode	7

Teil 2

1. Einkommensbildung: reguliert vs. frei	8
2. Vermögensgleichheit vs. Chancengleichheit	9
3. Eingriffe in die Wirtschaft, um Wohlstand zu sichern.	11
4. Staatliches vs. privates Eigentum.	12
5. Mehr oder weniger Preisregulierung	13
6. Staatliche Rettung von Unternehmen	15
7. Staatliche Eingriffe für geringere Einkommensunterschiede	17
8. Vermögenssteuer	19
9. Staatliche vs. private Absicherung von Lebensrisiken	20
10. Staatliche vs. private Verwaltung sozialer Absicherung	22
11. Klimawandel: Regulierung vs. Innovation	23
12. Staatliche Daseinsvorsorge vs. niedrige Steuern	25

Teil 2

Selbsteinschätzung zur Sozialen Marktwirtschaft	27
Impressum.	29

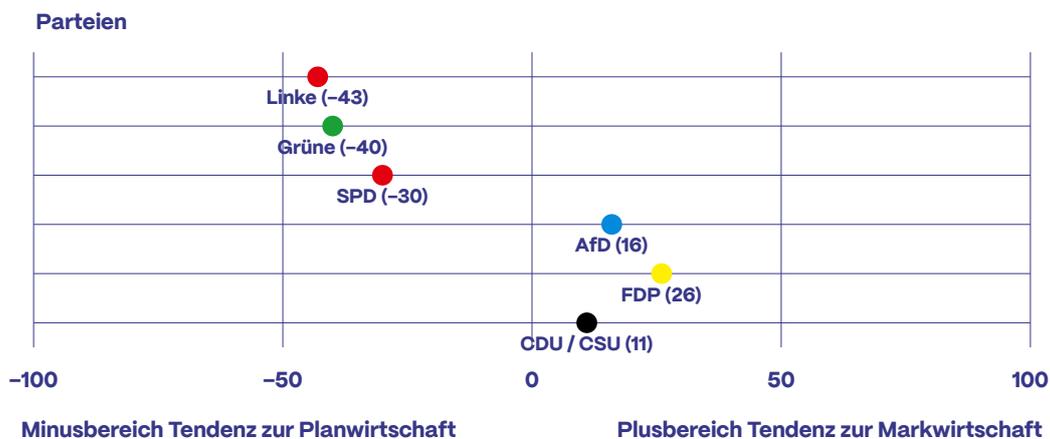
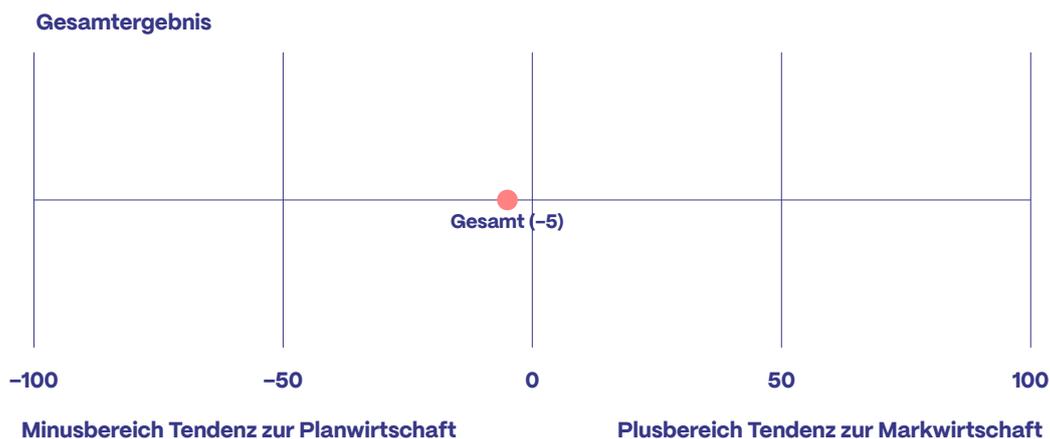
Teil 1

Ergebniszusammenfassung

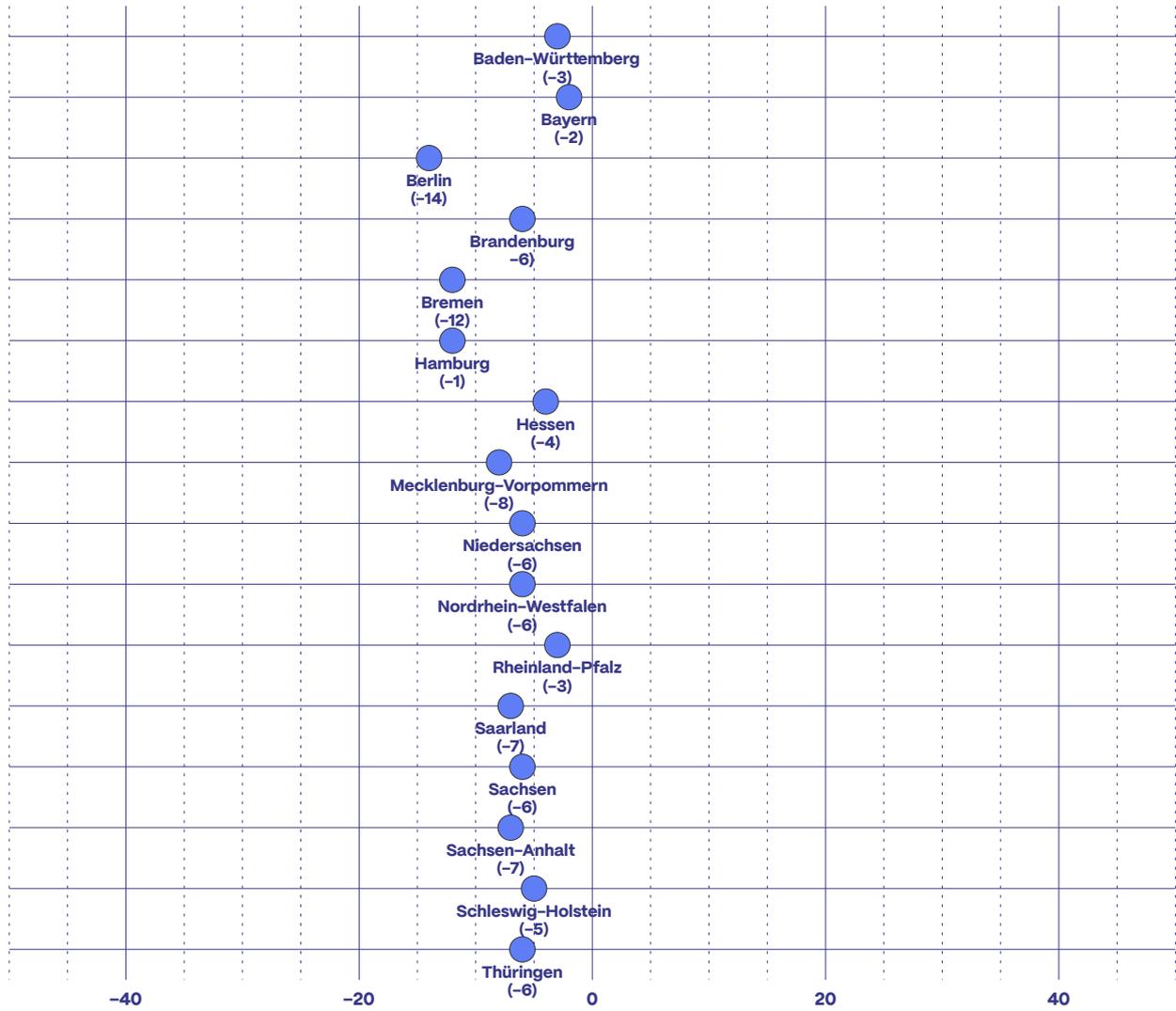
Für das „INSM-Marktwirtschaftsbarometer“ hat Civey online die in den folgenden Abschnitten erläuterten 12 Fragestellungen erhoben. Deren Antworten zählen je nach Ausschlag auf den Pol „Planwirtschaft“ bzw. den Pol „Marktwirtschaft“ ein.

Im Detail wurden jeweils die obersten beiden Antworten dem Pol „Planwirtschaft“ zugeordnet, die untersten beiden Antworten dem Pol „Marktwirtschaft“. Dabei wird die eindeutige Zustimmung doppelt so stark gewertet, wie eine eher zustimmende Aussage.

Anschließend bildet sich der Index aus dem arithmetischen Mittel der relevanten Antwortkategorien der oben abgebildeten Fragestellungen.



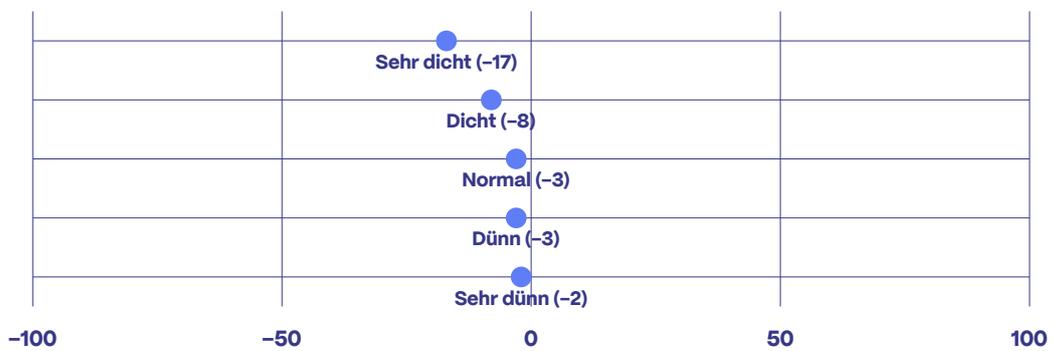
Bundesländer



Minusbereich Tendenz zur Planwirtschaft

Plusbereich Tendenz zur Marktwirtschaft

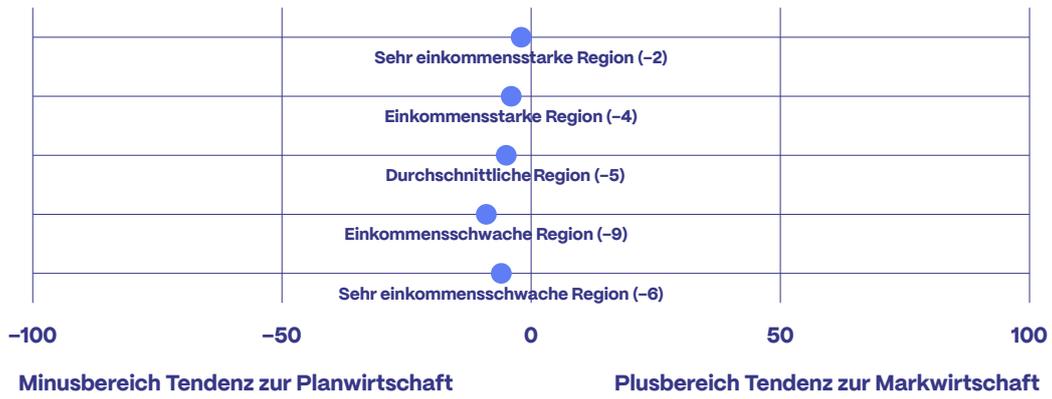
Besiedlung



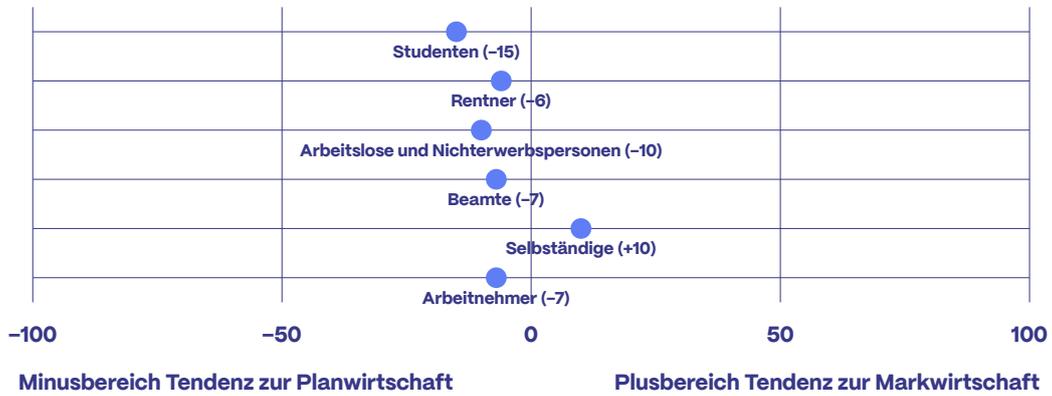
Minusbereich Tendenz zur Planwirtschaft

Plusbereich Tendenz zur Marktwirtschaft

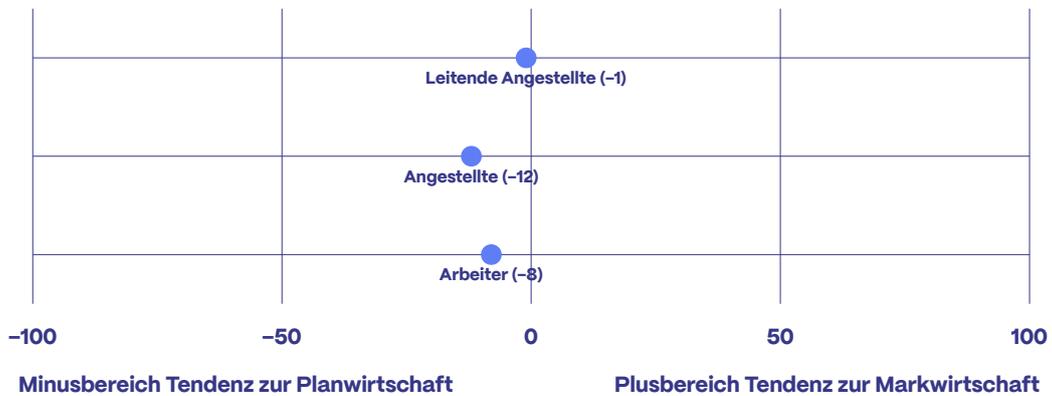
Strukturstärke



Beruf



Berufliche Stellung



Indizes im Vergleich zu wirtschaftlichen Kennzahlen.

	Ranking MW-Index	BIP/Einwohner (2022) in Euro	Unternehmen / 1.000 Einwohner (2021)	Brutto-Jahresgehalt, Median (2022) in Euro
Bayern	-2	53.768	42	44.230
Baden-Württemberg	-3	50.982	36	47.962
Rheinland-Pfalz	-3	41.366	34	41.972
Hessen	-4	50.751	35	47.762
Schleswig-Holstein	-5	38.274	36	40.820
Brandenburg	-6	34.610	33	36.607
Niedersachsen	-6	41.826	32	41.924
Nordrhein-Westfalen	-6	43.910	33	44.230
Sachsen	-6	35.909	32	37.037
Thüringen	-6	33.656	30	36.588
Saarland	-7	38.925	31	41.462
Sachsen-Anhalt	-7	34.505	26	36.122
Mecklenburg-Vorpommern	-8	32.837	31	36.191
Bremen	-12	56.901	30	43.434
Hamburg	-12	76.910	45	48.132
Berlin	-14	48.147	43	43.179

Wir haben den Indexwert des Marktwirtschaftsbarometers für alle Bundesländer mit wirtschaftlichen Kernzahlen verglichen, um zu sehen, ob es Korrelationen gibt. In der Tat gibt es die Tendenz, dass die Bürger von Ländern mit stärkerer Wirtschaftskraft pro Einwohner, mit einer größeren Unternehmenszahl pro Einwohner und einem höheren Medianeinkommen auch marktwirtschaftlicher denken. Ausnahmen bilden nur Hamburg und Bremen. Dort sind die wirtschaftlichen Vergleichswerte – im Durchschnitt – gut, dafür ist die marktwirtschaftliche Denke weit unterdurchschnittlich. Auch Berlin steht wirtschaftlich besser da als die marktwirtschaftskritische Haltung der Berliner Befragten vermuten lässt.

Zur Methode

Für das „INSM-Marktwirtschaftsbarometer“ hat Civey online die unter Teil 2 erläuterten 12 Fragestellungen erhoben. Deren Antworten zählen je nach Ausschlag auf den Pol „Planwirtschaft“ bzw. den Pol „Marktwirtschaft“ ein.

Im Detail wurden jeweils die obersten beiden Antworten dem Pol „Planwirtschaft“ zugeordnet, die untersten beiden Antworten dem Pol „Marktwirtschaft“. Dabei wird die eindeutige Zustimmung doppelt so stark gewertet, wie eine eher zustimmende Aussage.

Anschließend bildet sich der Index aus dem arithmetischen Mittel der relevanten Antwortkategorien der oben abgebildeten Fragestellungen.

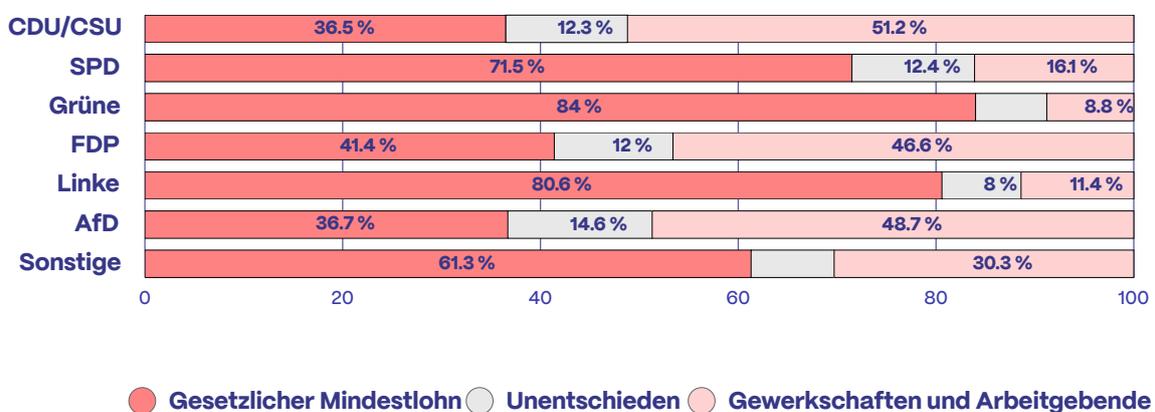
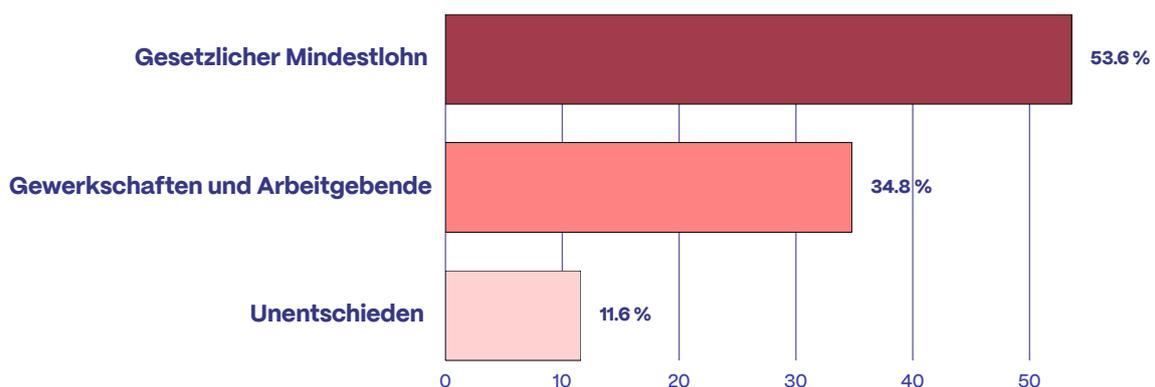
Teil 2

Mit den folgenden zwölf Fragen soll die marktwirtschaftliche Einstellung der Teilnehmer in mehreren Politikfeldern getestet werden. Anhand dieser Fragen wurde der in Teil 1 vorgestellte Index berechnet.

Vorge stellt werden an dieser Stelle die Gesamtergebnisse der Befragungen. Bei interessanten Ergebnissen werden sie an einzelnen Stellen durch die Ergebnisse verschiedener soziodemographischer Gruppen ergänzt.

1. Einkommensbildung: reguliert vs. frei

Sollte Ihrer Meinung nach der Staat einen Mindestlohn gesetzlich festlegen oder sollte man es Gewerkschaften und Arbeitgebern überlassen, Lohnuntergrenzen auszuhandeln?

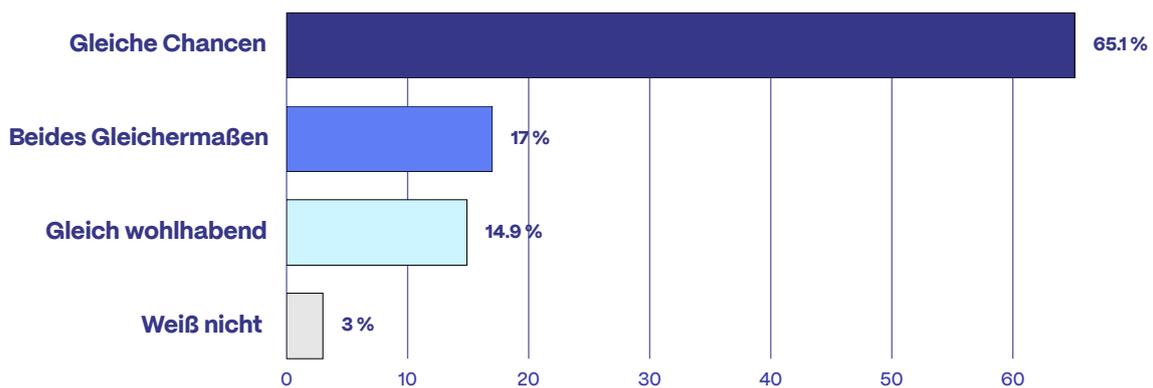


Jeder zweite Befragte befürwortet eine Festlegung des Mindestlohns durch den Gesetzgeber anstelle einer Aushandlung durch Gewerkschaften und Arbeitgeber. Letztere wird nur von jedem Dritten bevorzugt.

Die größte Anhängerschaft hat der politisch gesetzte Mindestlohn unter Anhängern der Grünen (84 Prozent) noch deutlich vor SPD-Wählern (72 Prozent). Eine Aushandlung durch die Tarifpartner kommt lediglich bei Anhängern von CDU/CSU auf eine sehr knappe Mehrheit (51 Prozent).

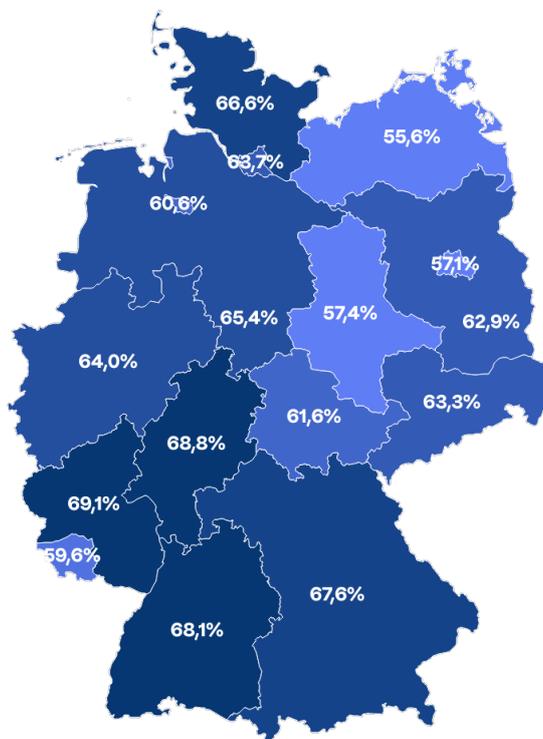
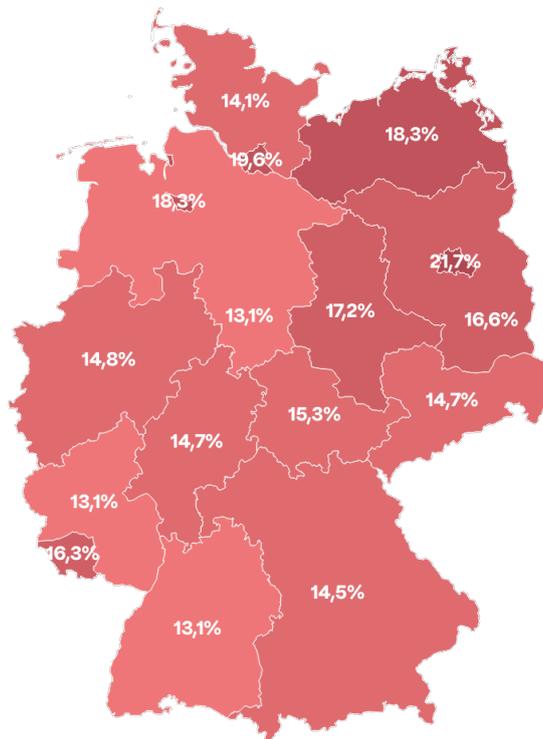
2. Vermögensgleichheit vs. Chancengleichheit

Was ist Ihrer Meinung nach wichtiger: dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, wohlhabend zu werden, oder dass alle Menschen gleich wohlhabend sind?



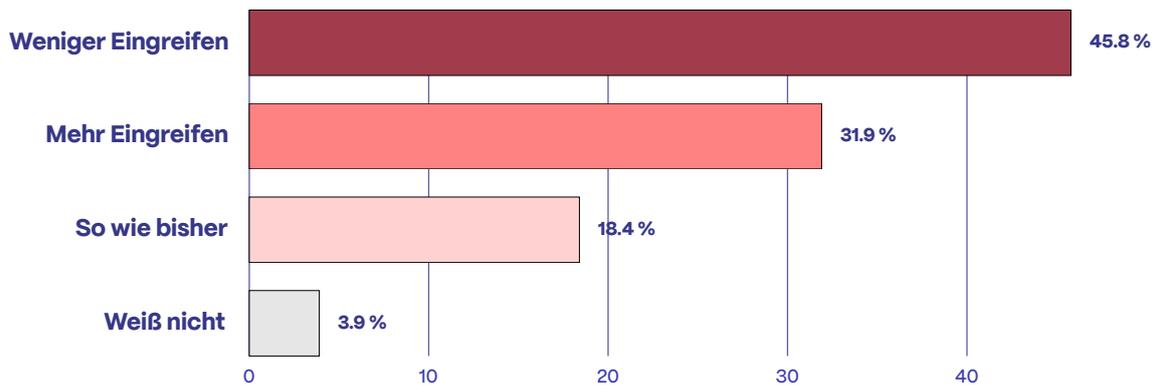
Die Deutschen glauben an gleiche Chancen für alle. Zwei Drittel der Befragten geben an, dass gleiche Chancen wohlhabend zu werden wichtiger sind, als gleich wohlhabend zu sein. Diese Haltung ist in Westdeutschland deutlich stärker ausgeprägt als im Osten der Republik.

Was ist Ihrer Meinung nach wichtiger: dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, wohlhabend zu werden, oder dass alle Menschen gleich wohlhabend sind?



3. Eingriffe in die Wirtschaft, um Wohlstand zu sichern

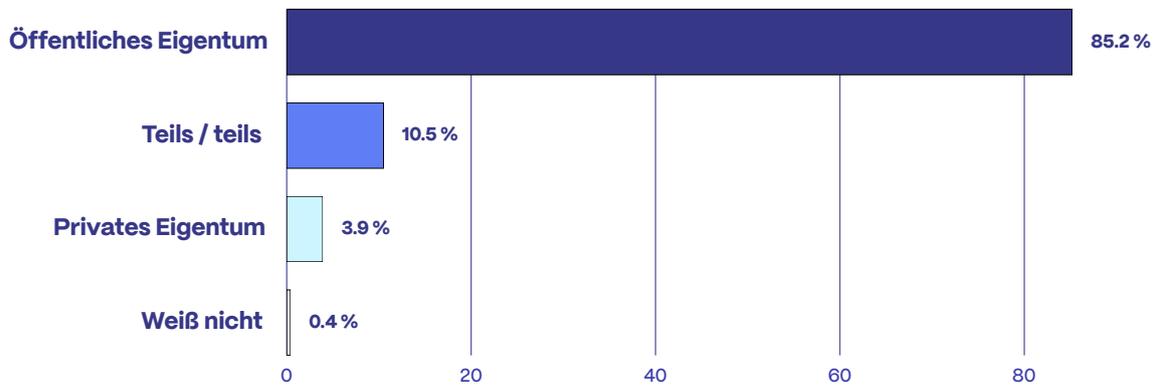
Sollte der deutsche Staat Ihrer Meinung nach eher mehr oder eher weniger in die Wirtschaft eingreifen, um den Wohlstand in Deutschland zu erhöhen?



Bei der Frage, ob der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte, um den Wohlstand in Deutschland zu erhöhen, zeigt sich eine leichte Spaltungstendenz in der Bevölkerung. Ein knappes Drittel (31,9 Prozent) der Befragten bejaht dies, knapp die Hälfte (45,8 Prozent) lehnt es ab, wobei jeder fünfte Befragte unentschieden ist. Diese Haltung ist im Osten wie im Westen gleichermaßen ausgeprägt.

4. Staatliches vs. privates Eigentum

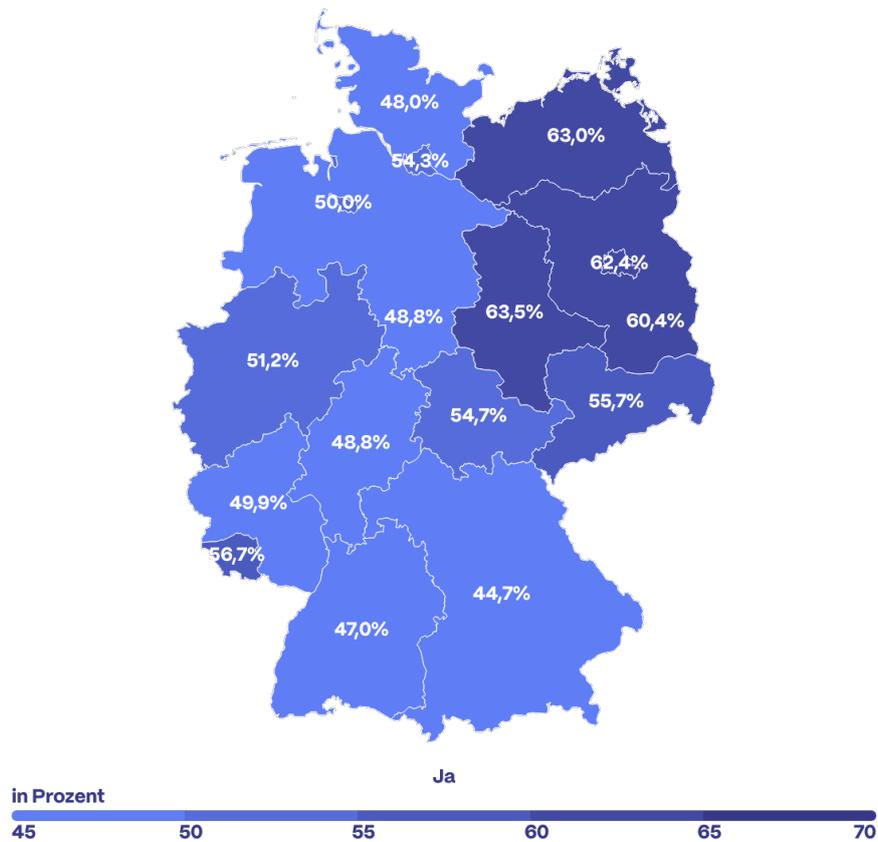
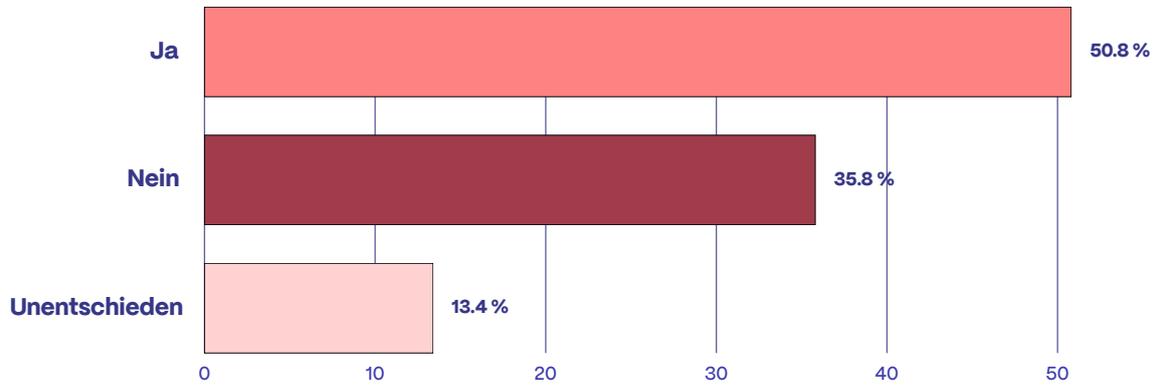
Sollte bestehende Infrastruktur (z.B. Krankenhäuser, Bahnhöfe) Ihrer Meinung nach eher privates oder eher öffentliches Eigentum sein?

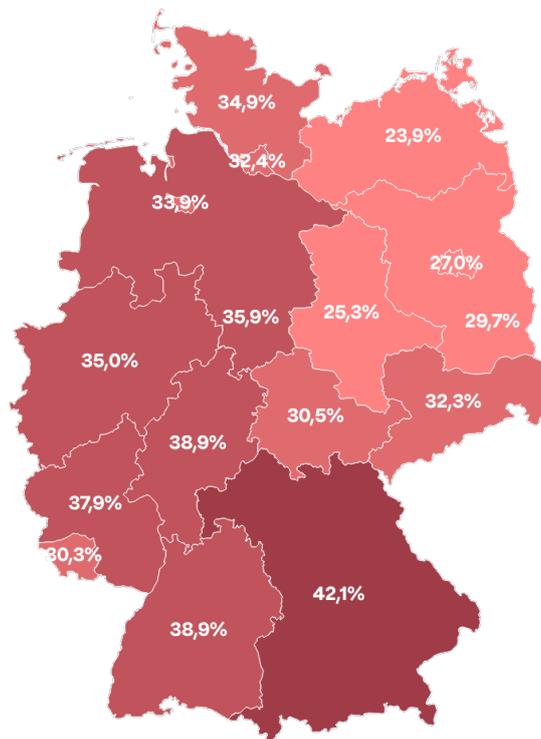


Eine überwältigende Mehrheit von 85 Prozent sind der Meinung, dass bestehende Infrastruktur wie Krankenhäuser oder Bahnhöfe öffentliches Eigentum sein sollten. Lediglich 4 Prozent der Befragten wollen diese in privater Hand sehen, obwohl zum Beispiel im Klinikbereich rund 37 Prozent der Krankenhäuser in privater Trägerschaft sind.

5. Mehr oder weniger Preisregulierung

Sollten Preise (z.B. Strom, Miete) Ihrer Meinung nach staatlich reguliert werden?

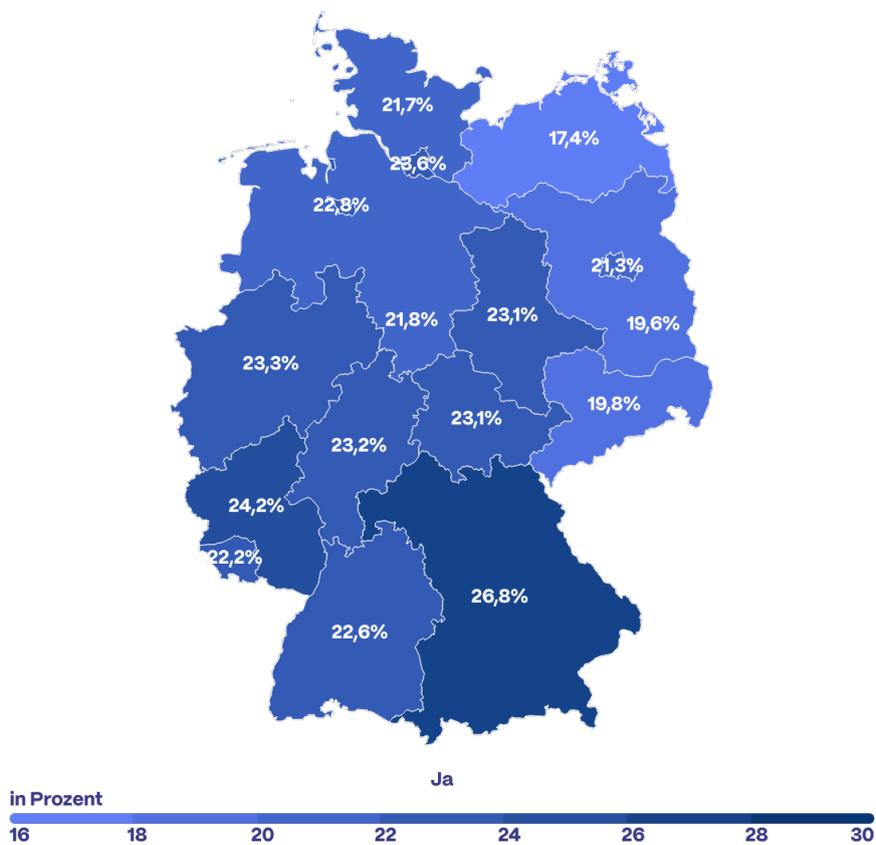
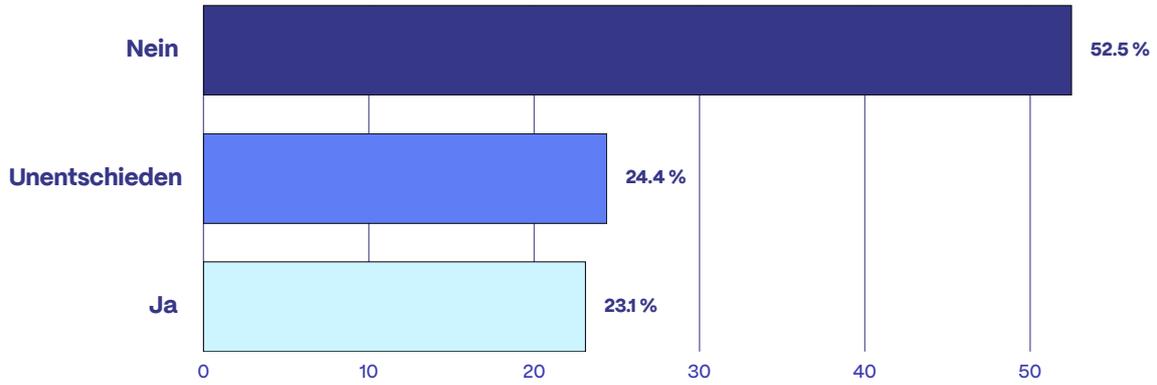


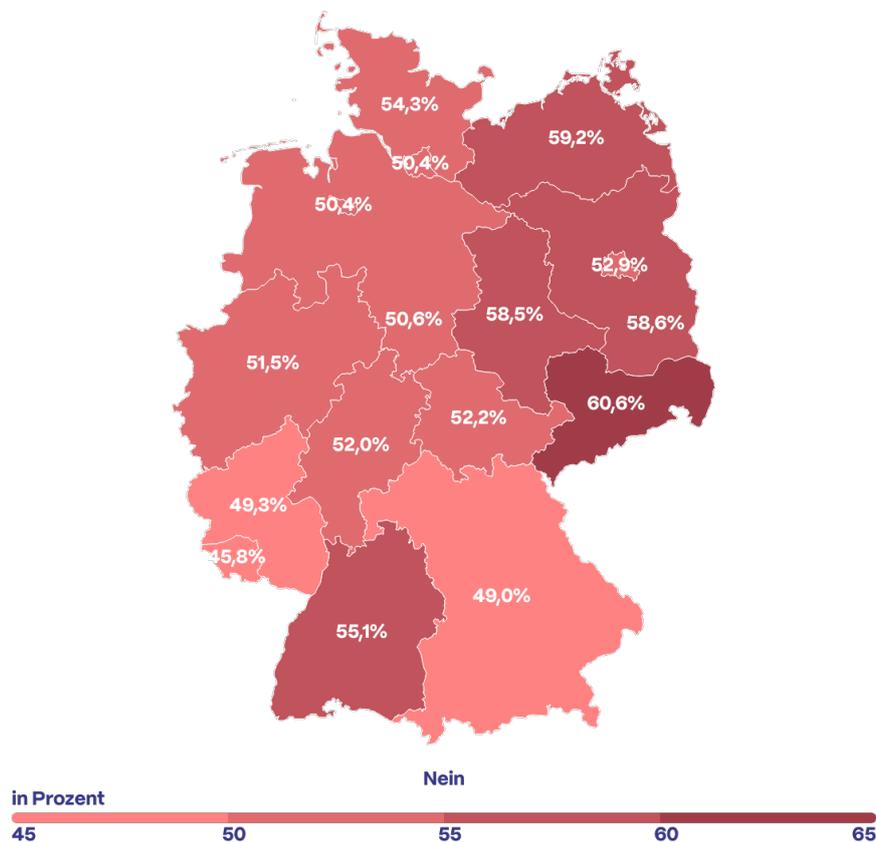


Jeder zweite Befragte ist der Ansicht das Preise wie etwa bei Strom oder Miete staatlich reguliert werden sollten. Jeder Dritte lehnt dies ab. Diese Haltung ist bei den Befragten in Ostdeutschland etwas stärker ausgeprägt als im Westen.

6. Staatliche Rettung von Unternehmen

Sollte der Staat Ihrer Meinung nach Anteile an großen Unternehmen kaufen, wenn diese von Insolvenz bedroht sind?



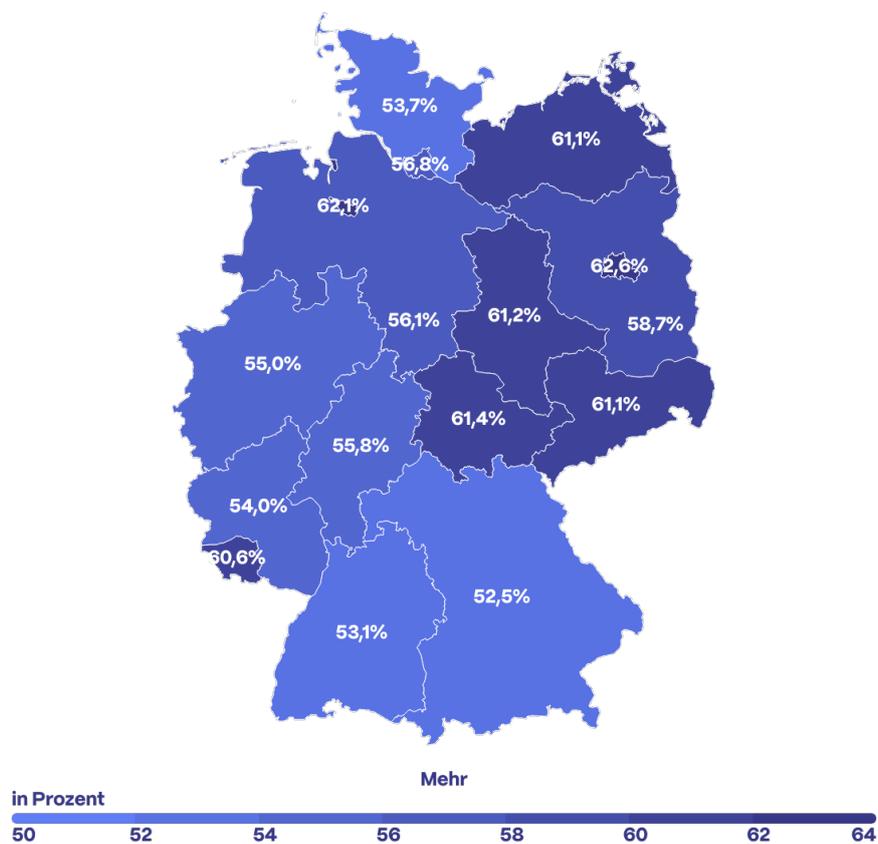
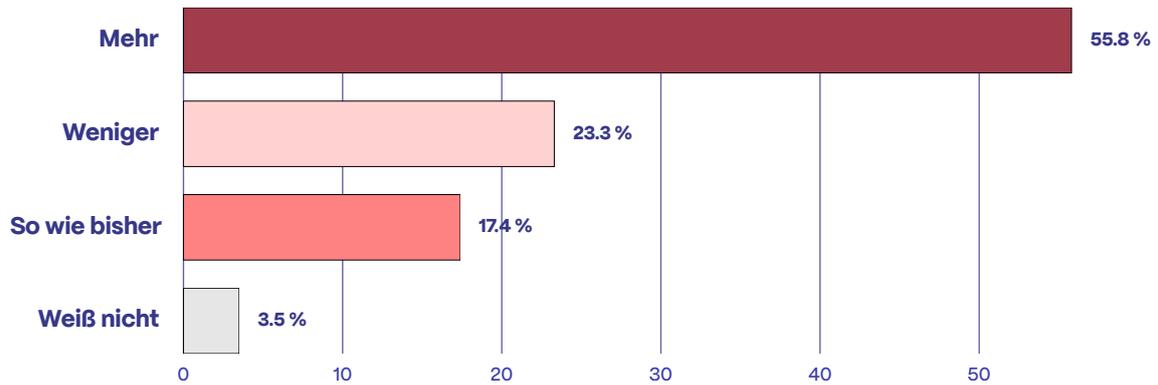


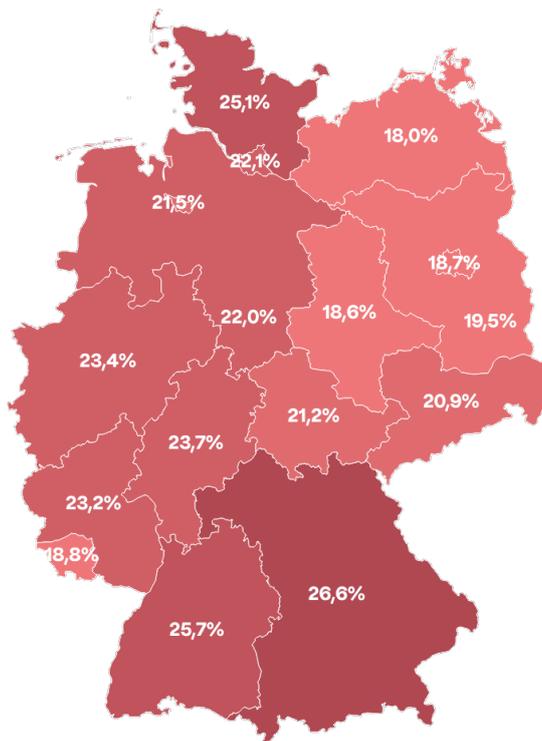
Jeder zweite Deutsche lehnt es ab, dass der Staat in insolvenzbedrohte, große Unternehmen zur Rettung einsteigt. Nur knapp jeder Vierte befürwortet dies. Ebenso viele sind unentschieden. Auch hier zeigt sich eine stärkere Ausprägung dieser Sichtweise im Osten Deutschlands.

Besonders stark ausgeprägt ist der Wunsch nach staatlichen Eingriffen in Notsituationen bei Sozialdemokraten (29 Prozent), Rentnern (27 Prozent). Überraschend klar ist hingegen die Ablehnung solcher Eingriffe bei Menschen in Ausbildung/im Studium (je 73 Prozent) und bei jüngeren Befragten (62 Prozent bei den 18–29-jährigen.)

7. Staatliche Eingriffe für geringere Einkommensunterschiede

Sollte der Staat Ihrer Meinung nach eher mehr oder eher weniger tun, um die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen zu verringern?

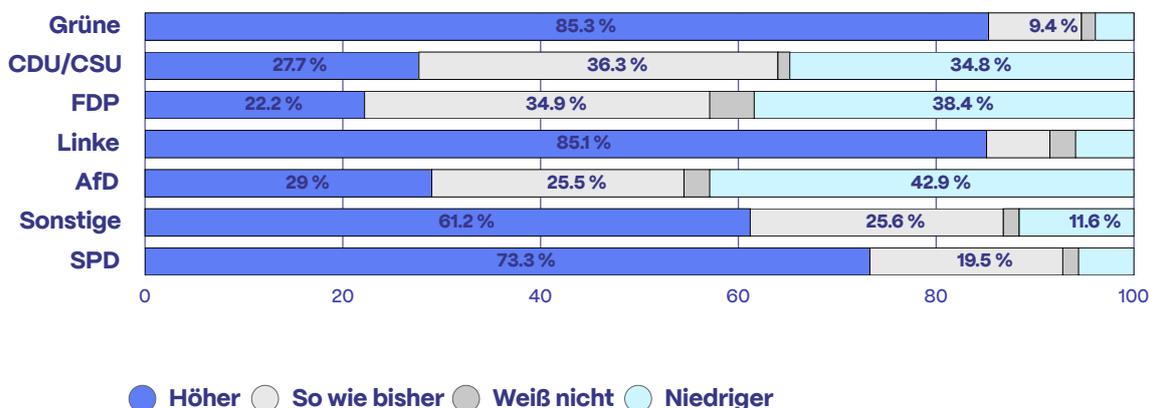
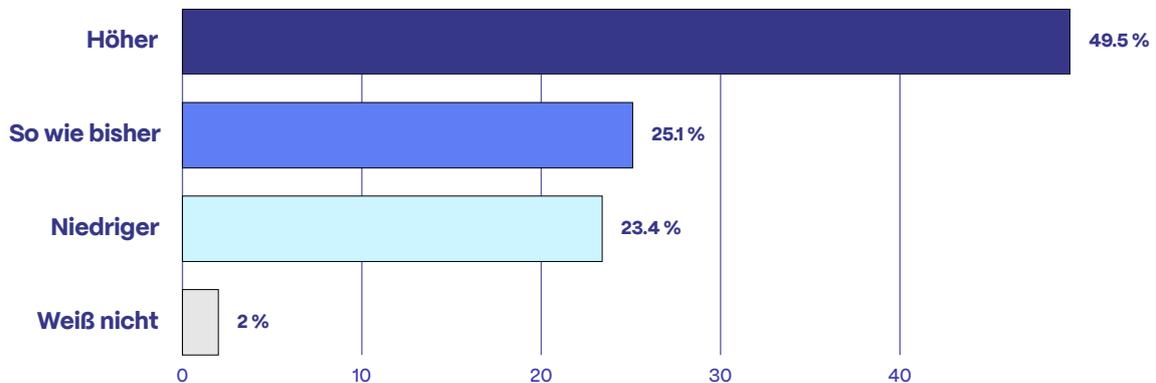




Deutlich über die Hälfte der Befragten fordert vom Staat mehr Engagement, um Gehaltunterschiede zu auszugleichen, was faktisch eine höhere steuerliche Belastung höherer Einkommen bedeutet, bzw. eine niedrigere Belastung unterer Einkommen. Gerade einmal jeder Vierte lehnt dies ab. Auch hier gibt es deutlich sichtbare Unterschiede zwischen West und Ost. In den neuen Bundesländern wird eher auf eine staatliche Umverteilungspolitik gesetzt.

8. Vermögenssteuer

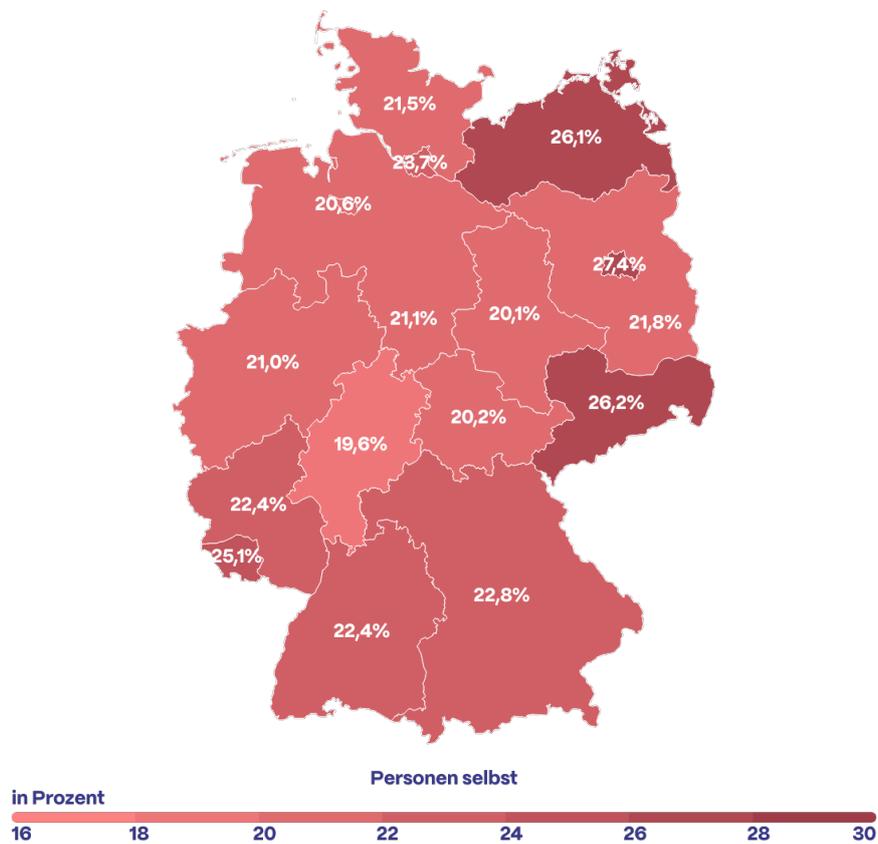
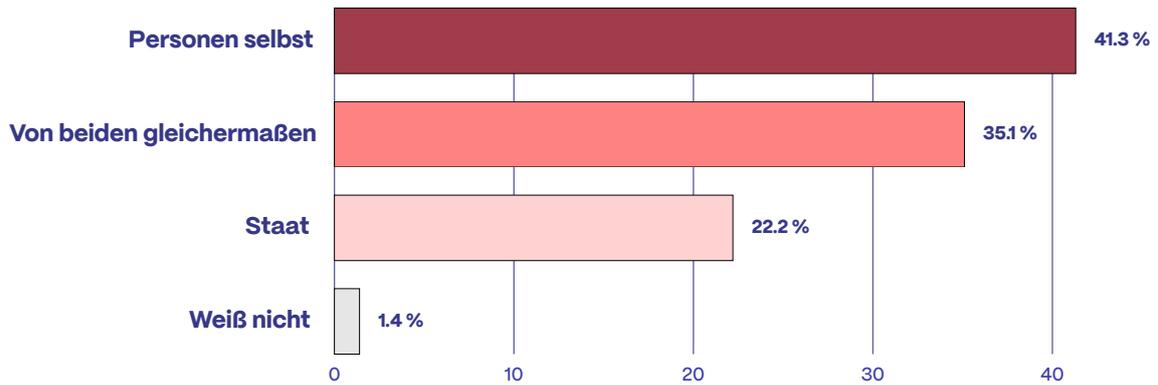
Sollten Vermögen in Deutschland Ihrer Meinung nach eher höher oder eher niedriger besteuert werden als bisher (z.B. durch Vermögenssteuern)?

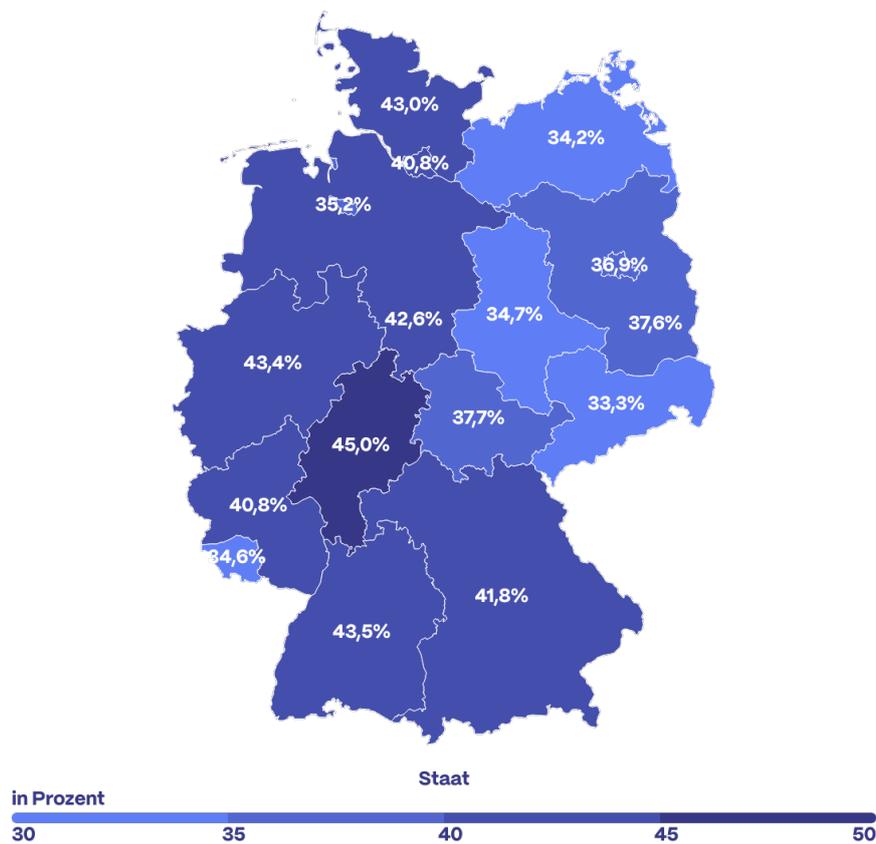


Passend zu Frage 7 wünscht sich jeder zweite Deutsche die Einführung einer höheren Besteuerung von Vermögen. Jeder Vierte lehnt dies ab bzw. ist unentschieden. Besondere Unterstützung erfährt eine Vermögenssteuer im Lager von Grünen (85 Prozent), Linken (85 Prozent) und SPD (73 Prozent). Aber auch jeder fünfte FDP- und fast 30 Prozent der CDU/CSU-Anhänger befürworten eine höhere Besteuerung von Vermögen.

9. Staatliche vs. private Absicherung von Lebensrisiken

Sollten persönliche Lebensrisiken (z.B. Schäden durch Unwetter, finanzielle Armut) eher vom Staat oder eher von Personen selbst abgesichert werden?

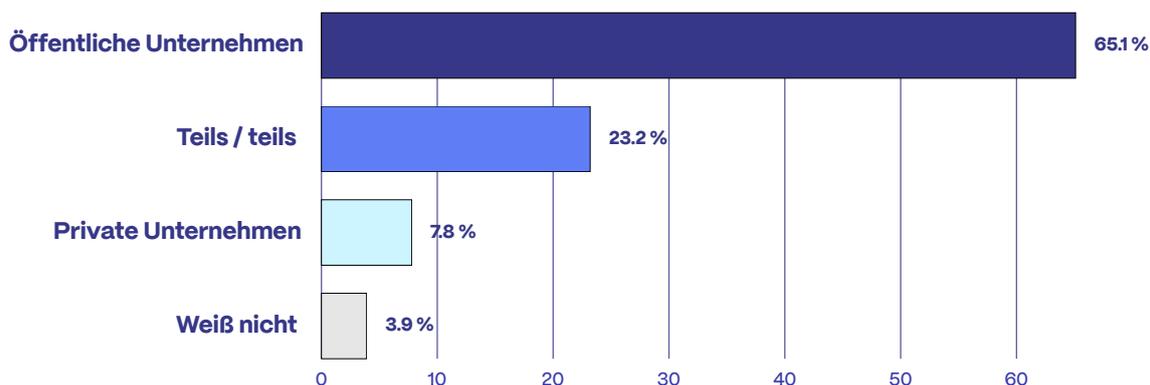




Ein Drittel der Deutschen sieht Staat und Privatpersonen gleichermaßen verantwortlich für die Absicherung persönlicher Lebensrisiken wie Schäden durch Starkwetterereignisse oder finanzielle Armut. Immerhin 41 Prozent der Befragten sehen eine entsprechende Verantwortung allerdings komplett beim Individuum. Jeder fünfte Befragte sieht die Verantwortung komplett beim Staat. Auch ist abermals eine deutliche Verschiebung zwischen Ost und West zu erkennen. Im Osten setzen die Menschen deutlich stärker auf eine gemeinsame Verantwortung von Staat und Individuum, wohingegen im Westen deutlich mehr Verantwortung bei der Privatperson gesehen wird.

10. Staatliche vs. private Verwaltung sozialer Absicherung

Sollten soziale Absicherungen (z.B. Renten) Ihrer Meinung nach eher von privaten Unternehmen im Rahmen von Regulierungen oder eher von öffentlichen Unternehmen / Einrichtungen verwaltet werden?

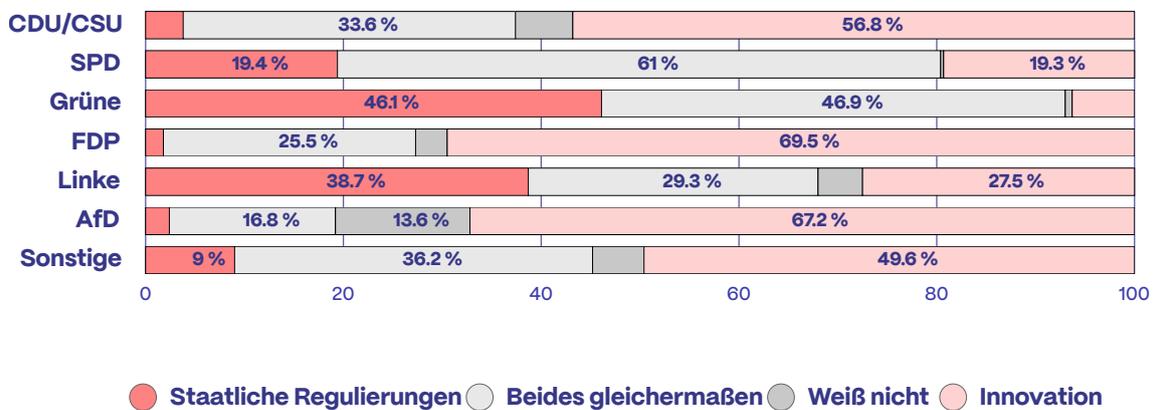
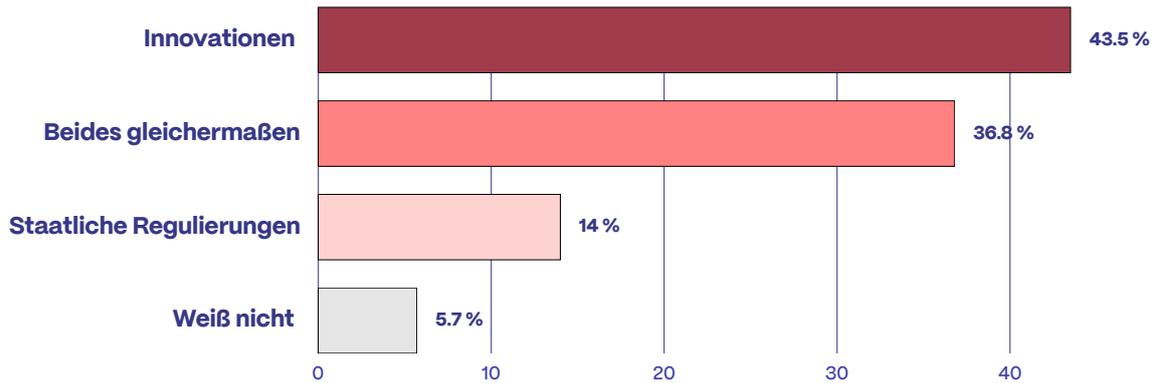


Geht es um die sozialen Sicherungssysteme wünschen sich zwei Drittel der Deutschen, dass diese durch den Staat selbst verwaltet werden. Lediglich 8 Prozent sehen hier eher eine Aufgabe für private Unternehmen. Jeder Vierte kann sich eine Mischung bzw. Aufteilung auf private und öffentliche Einrichtungen vorstellen.

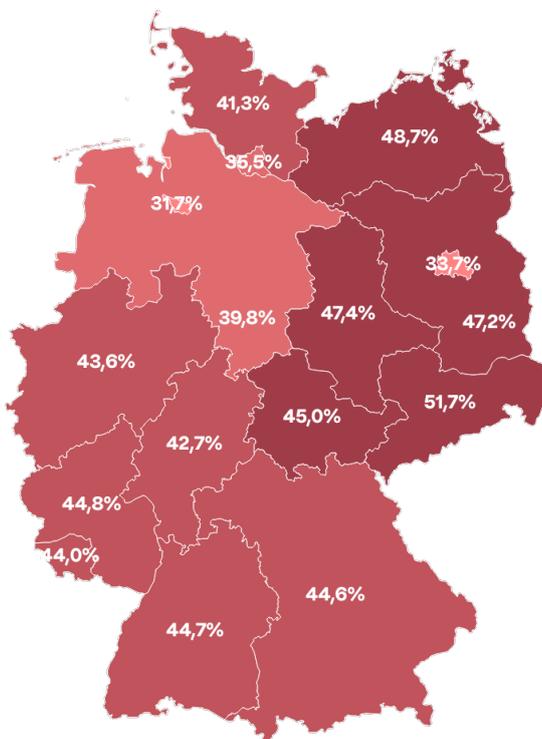
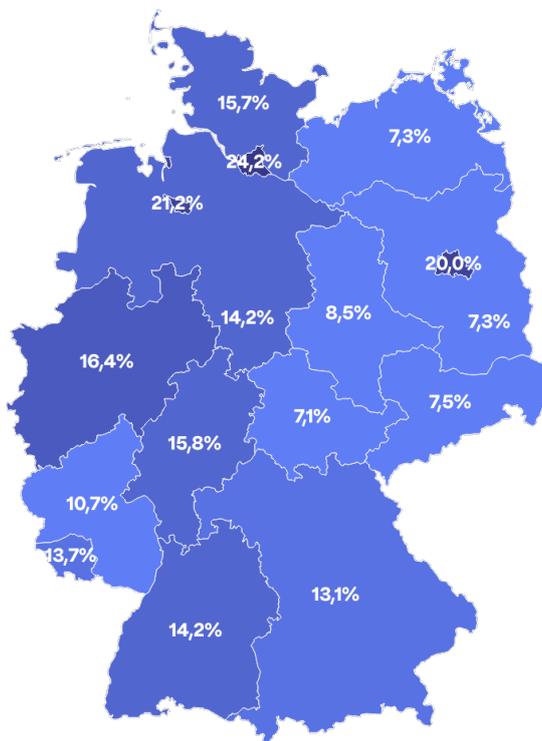
Selbstständige, die im Regelfall nicht sozialversichert sind, sehen den Staat am wenigsten in der Pflicht – lediglich jeder Zweite sieht hier die Aufgabe bei öffentlichen Einrichtungen. Jeder Dritte in dieser Gruppe (34 Prozent) sieht eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Unternehmen.

11. Klimawandel: Regulierung vs. Innovation

Kann man dem Klimawandel Ihrer Meinung nach eher durch staatliche Regulierungen oder eher durch Innovationen aus Wirtschaft und Wissenschaft entgegenwirken?



Kann man dem Klimawandel Ihrer Meinung nach eher durch staatliche Regulierungen oder eher durch Innovationen aus Wirtschaft und Wissenschaft entgegenwirken?



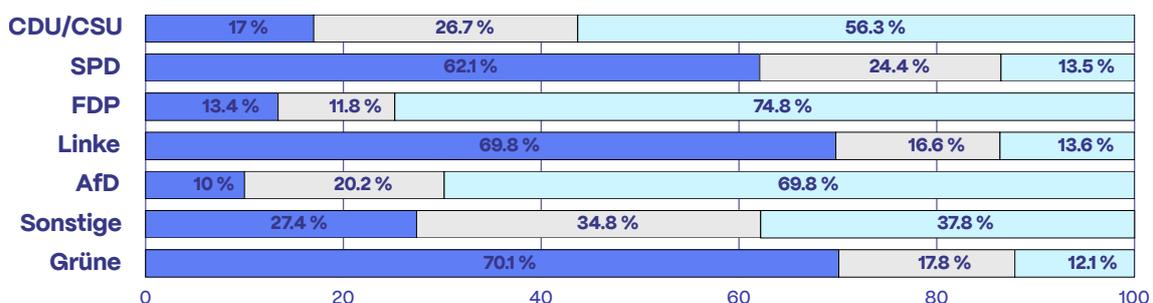
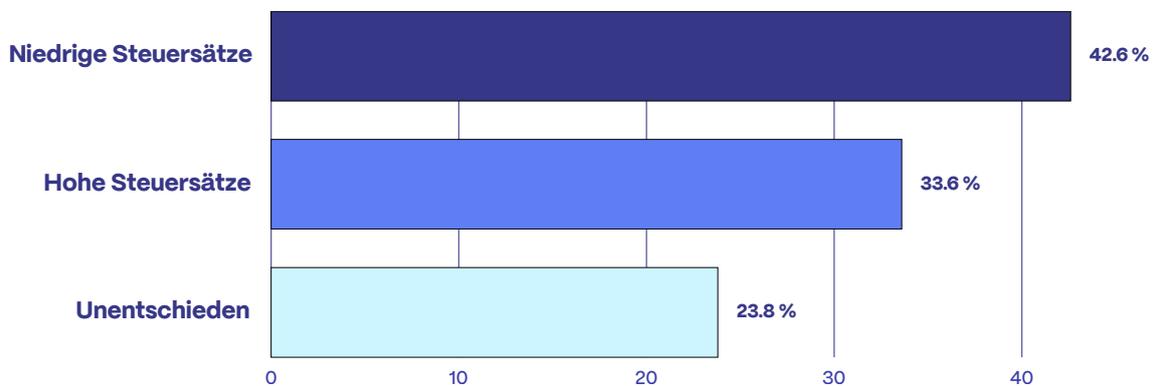
Beim Klimawandel glauben die Deutschen vor allem an Innovation und weniger an Regulierung. 44 Prozent der Befragten sehen die größte Wirkkraft gegen den Klimawandel in wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Innovationen und lediglich 14 Prozent in staatlicher Regulierung. Gut jeder Dritte hält beides für gleichermaßen wichtig.

Insbesondere Anhänger von Grünen (46 Prozent) und Linken (39 Prozent) glauben an staatliche Vorgaben – bei den Grünen-Anhänger glauben sogar nur 6 Prozent der Befragten eher an die Lösung durch Innovationen.

Befragte aus den östlichen Bundesländern glauben grundsätzlich noch mehr an Innovationen als an staatliche Regulierung als Befragte aus dem Westen.

12. Staatliche Daseinsvorsorge vs. niedrige Steuern

Befürworten Sie grundsätzlich eher ein Modell mit hohen Steuersätzen und umfangreicher öffentlicher Daseinsvorsorge oder eines mit möglichst niedrigen Steuersätzen und weniger staatlichen Leistungen?



● Hohe Steuersätze ● Unentschieden ● Niedrige Steuersätze

Bei der Frage nach liberalen Wohlfahrtsstaatsmodellen versus skandinavischen Ansätzen, also hohen Staatsleistungen bei gleichzeitig höheren Steuern, zeigen sich die Deutschen gespalten mit einer Tendenz zu weniger Staat. Jeder Dritte würde höhere Steuern in Kombination mit umfangreichen Leistungen befürworten. 42 Prozent der Befragten wünschen sich lieber niedrige Steuersätze und weniger staatliche Leistungen. Gleichzeitig ist ein Viertel der Befragten unentschieden.

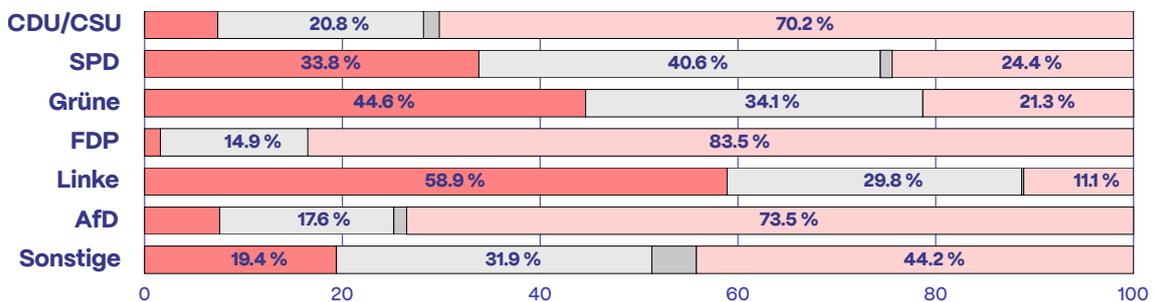
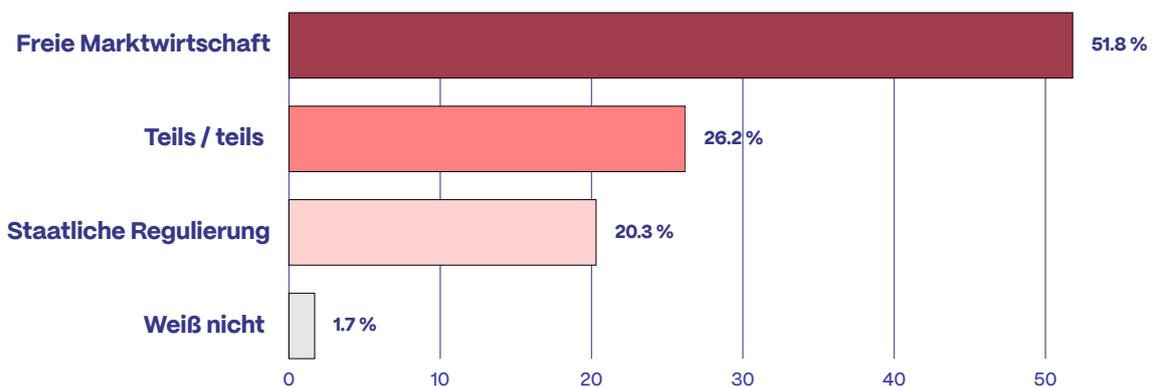
Auch hier sind es vor allem Anhänger der Grünen (70 Prozent), die höhere Steuersätze befürworten. Bei Anhängern der FDP (13 Prozent), CDU/CSU (17 Prozent) und der AfD (10 Prozent) ist die Haltung gegensätzlich ausgeprägt.

Teil 3

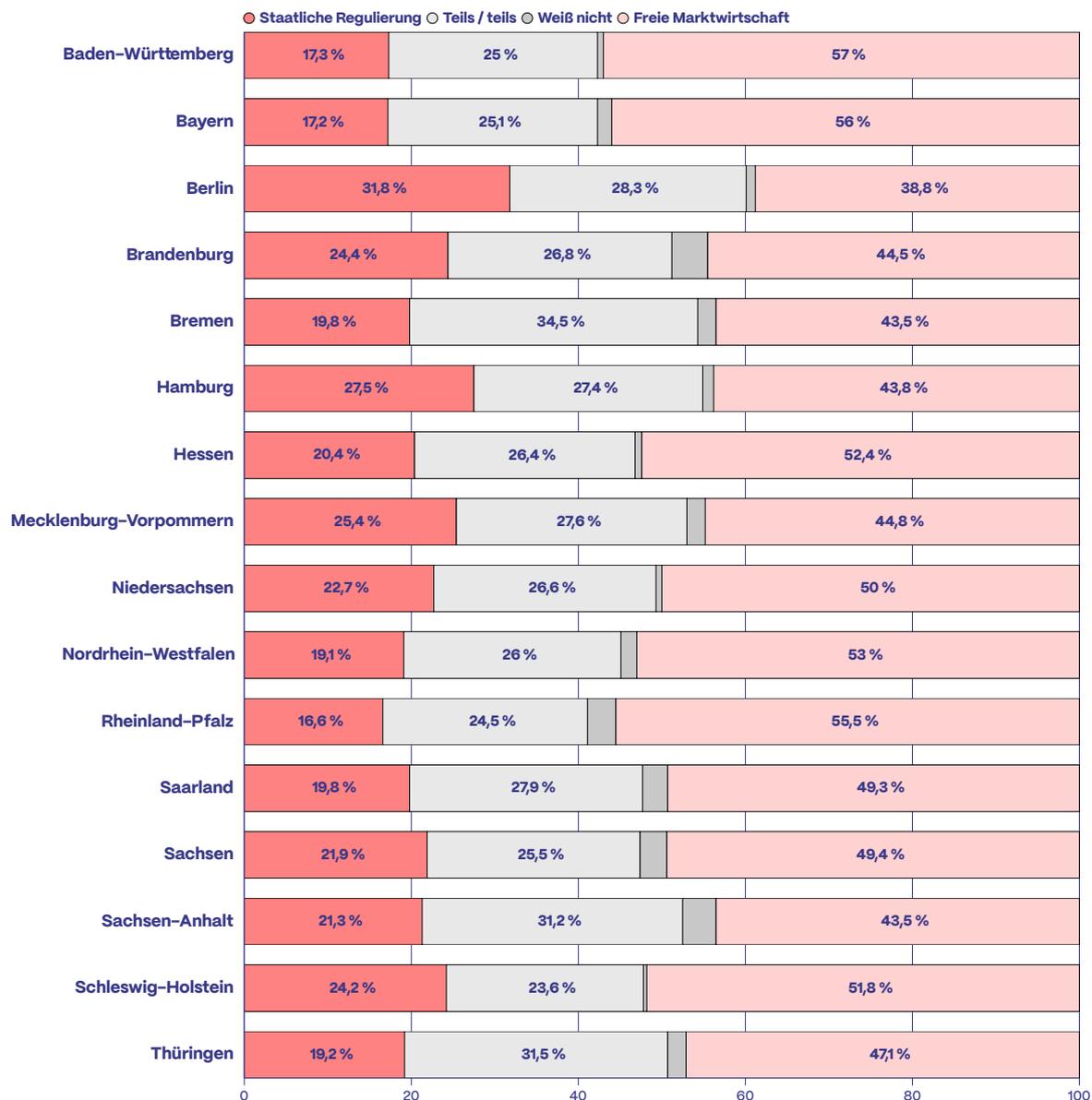
Selbsteinschätzung zur Sozialen Marktwirtschaft

Unabhängig zu den zwölf oben erläuterten Fragen, wurden die Teilnehmer auch nach ihrer Selbsteinschätzung in Sachen Marktwirtschaftlichkeit befragt. Die Ergebnisse aus dieser Befragung sind als Kontrollwert zu verstehen und fließen nicht in den Index ein.

Befürworten Sie eher ein Wirtschaftssystem mit weitreichender staatlicher Regulierung oder eher eine freie Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe?



● Staatliche Regulierung ● Teils / teils ● Weiß nicht ● Innovation



Es fällt auf, dass die Selbsteinschätzung marktwirtschaftlicher ausfällt als das Ergebnis des Index. Damit beschreiben sich die Deutschen als marktwirtschaftlich, sind es aber nicht im gleichen Maße.

Etwa jeder zweite Befragte befürwortet auf Nachfrage eher eine freie Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe. Demgegenüber stimmt nur jeder Fünfte eher für ein Wirtschaftssystem mit weitreichender Regulierung. Rund jeder Vierte würde eine Mischung der beiden Wirtschaftssysteme bevorzugen.

Eine freie Marktwirtschaft wird insbesondere in den südwestlichen Bundesländern bevorzugt (Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen). Ein Wirtschaftssystem mit staatlicher Regulierung hingegen eher im Norden und Nordosten der Bundesrepublik (Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen)

Jeweils eine einfache Mehrheit bei Linken-, Grünen- und SPD-Anhängern bevorzugt weitreichende staatliche Regulierung. Die Anhängerschaft von FDP, AfD und der Union befürwortet eindeutig eine freie Marktwirtschaft.

Impressum

INSM–Marktwirtschaftsbarometer 2023

Civey hat für die INSM vom 6. bis 9.10.2023 rund 5.000 deutsche Bundesbürger ab 18 Jahren online befragt und darauf basierend den Index „INSM–Marktwirtschaftsbarometer“ entwickelt. Alle Daten wurden im Civey–eigenen Panel mit verifizierten Teilnehmern erhoben. Die Ergebnisse sind unter Berücksichtigung des angegebenen statistischen Fehlers von 2,5 Prozentpunkten repräsentativ für deutsche Bundesbürger ab 18 Jahren.

Herausgeber:
INSM Initiative neue Soziale
Marktwirtschaft GmbH,
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer:
Thorsten Alsleben

Kontakt:
info@insm.de

Redaktion & Grafik:
INSM Initiative Neue Soziale
Marktwirtschaft GmbH

Veröffentlicht: Oktober 2023

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.